Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Anzeigenleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Werktags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1.25 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Jahrgang | Freitag, den 1. Juli 1927 | Nummer 151

Sächsische Landesbibliothek Dresden

Das Heldt-Kabinett perfekt!

Der deutschnationale Minister Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Gewerkschaftler und Deutschnationale zusammen in einer Regierung

Kommunistischer Mißtrauensantrag

Gestern teilte die Sächsische Staatszeitung, heute die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mit, daß das neue Kabinett nun [illegible] ist. Die letzten Schwierigkeiten sind behoben. Die Regierung setzt sich so zusammen, wie wir sie schon vor einigen Tagen bekanntgaben, nur mit dem einen Unterschied, daß der deutschnationale Wirtschaftsminister auch stellvertretender Ministerpräsident ist. Die Demokraten haben verzichtet auf diese Stellung.

Der Ministerpräsident Heldt hat gestern die

Minister des Innern Dr. Apelt,
Volksbildungsminister Dr. Kaiser,
Finanzminister Weber

aufgefordert, ihre Rücktrittsgesuche zurückzunehmen. Der

Arbeits- und Wohlfahrtsminister Elsner

dieser Aufforderung schon früher nachgekommen. An die Stelle des Wirtschaftsparteilers ist zum

Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda,

an Stelle Bünger zum

Justizminister Dr. von Fumetti

ernannt worden. Mit dieser Lösung in letzter Minute hat der Regierungsblock in Sachsen kurz vor den Ferien noch eine Regierung zustande gebracht, die wenigstens über die Ferien hinaus bis zum Herbst bestehen soll. Bis dahin hat sie Schwierigkeiten ja deswegen nicht besonders zu befürchten, weil der Landtag in Ferien geht und eine offene Auseinandersetzung nicht eintritt. Nachher wird der Landtag dann mit einer Anzahl Notverordnungen bedacht werden.

Die bürgerl. Zeitungen geben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß das neue Kabinett nun endlich zusammengeschoben ist. Jedoch groß sind die Jubeltöne nicht. Die deutschnationalen Dresdner Nachrichten schreiben heute:

„Hauptsache ist nun, daß die buntscheckige Zusammensetzung der Regierung sich nicht als Hindernis einer gedeihlichen und dauernden Arbeit zum Wohle des Landes erweist. Deshalb muß sorgfältig alles vermieden werden, was störend auf die sachliche Politik des Kabinetts einwirken könnte."

Über den neuen Justizminister v. Fumetti äußerten sich noch tage zuvor die Dresdner Neuesten Nachrichten wie folgt:

„Aber selbst, wenn man vom Fachcharakter des Justizministers absieht und lediglich den politischen Charakter betonen will, so würden die Bedenken gegen Fumetti genau so weiterbestehen; denn dieser ist erst vor kurzem ins politische Leben eingetreten und dürfte kaum über die zur Bekleidung eines Ministerpostens notwendige politische und parlamentarische Erfahrung verfügen. Die Wahl v. Fumettis für diesen Posten schließlich auch lediglich durch Zufall erfolgt."

Heute schreibt der Dresdner Anzeiger über Fumetti:

„Dem verhältnismäßig noch jungen und in der Praxis unerfahrenen Leipziger Gelehrten Dr. v. Fumetti kann es nicht zur Last fallen, seinen Vorgänger zu ersetzen."

Man spricht dort nach der Ernennung der Minister im Ton [illegible] anständiger, aber im Grunde ist das die gleiche Beurteilung, die in den Neuesten Nachrichten zugrunde gelegt [illegible]

[illegible] wohl darüber kein Zweifel, das jetzige sächsische [illegible] Kabinett ist das minderwertigste Kabinett, das die [illegible] einem deutschen Staate überhaupt geliefert hat. Die [illegible] in Deutschland schon etwas heißen.

[illegible] des Herrn Bünger stöhnt, daß es nun glücklich [illegible]. Die Wählerschaft zeige geringes Verständnis [illegible] Krisen.

[illegible] allzu langen Bestand dieser Regierung scheint [illegible] bürgerlichen Parteien keine große Hoffnung zu [illegible] Anzeiger läßt eine Aufforderung für die Genfer [illegible] kritisiert die Haltung der SPD und schreibt [illegible] während der Regierungskrise:

[illegible] man aus diesem Mühenaufwand auch eine [illegible] darüber herauslesen, daß trotz des [illegible] Ansichten auf der Gegenseite dieses Mal auch [illegible] ernsthafter Versuch gemacht wurde, die [illegible] die radikale sächsische Sozialdemokratie zur Mitwirkung heranzuziehen. Diese Tatsache, daß die Mehrheit der sächsischen Sozialdemokratie [illegible] Sachsen, wo rund ein Drittel der Wählerschaft [illegible] demokratie zurückweist, wäre ja auch die Aufgabe [illegible] Prinzipien fehl am Platze. Die Geschichte [illegible] bewiesen, daß man die mit noch rechts [illegible] der Sozialdemokratie nicht denkt, daß [illegible] kann und will. Kurz [illegible]

kratie [illegible] zu tun hat. **Hätten die Führer und Abgeordneten der sächsischen Partei beispielsweise Aehnlichkeit mit den Sozialdemokraten, die noch kürzlich auf dem Kieler Parteitag am Vorstandstisch saßen, dann hätte die Frage der Zusammenarbeit durchaus nicht von vornherein ausgeschaltet werden müssen."**

Die Sozialdemokraten gebärden sich aber jetzt zu radikal. Der Anzeiger hofft aber, daß doch noch die Zeit kommt, wo die SPD mit in eine Koalition zieht. Dann betont man, daß aber auch jetzt schon, zum ersten Male in Deutschland, Sozialdemokraten und Deutschnationale in einer Regierung sitzen.

Wir haben ja schon früher betont, daß die Bethke-Sozialdemokraten die Schrittmacher für die Reichskoalition der SPD sein werden.

In der Staatszeitung beginnt Bethke diese Zusammenarbeit mit dem Hinweis auf die gegebenen Tatsachen und erklärt, im Grunde ändere sich ja nichts an der Politik. Auch bisher habe den Wünschen der Deutschnationalen Rechnung getragen werden müssen. Wir sind überzeugt, daß ein großer Teil der Sozialdemokraten gerne an einer Koalitionsregierung teilnehmen werde, das Wirken und der Druck der Kommunisten verhindere aber diesen Schritt der „Linken". Deswegen deren wütendes Poltern, deren gehässige ununterbrochene Angriffe und Verleumdungen gegen die KPD.

*

Die Arbeiterklasse wird noch energischer wie bisher den Kampf zum Sturze dieser Regierung führen. Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist von höchster Bedeutung, **daß ein Mitglied des ADGB Minister in der deutschnationalen Regierung ist.** Die Gewerkschaftler müssen sofort in allen Versammlungen den Bezirksausschuß des ADGB auffordern, entweder den Rücktritt der Mitglieder der freien Gewerkschaften aus der deutschnationalen Regierung zu erzwingen oder den Ausschluß derselben aus den Gewerkschaften herbeizuführen.

*

Das Mißtrauensvotum

Sofort nach dem Bekanntwerden der neuen Regierung hat die kommunistische Landtagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen:

Ministerpräsident Heldt und die übrigen Mitglieder des Kabinetts besitzen nicht das Vertrauen des Landtages.

Böttcher
und die übrigen Mitglieder der komm. Landtagsfraktion.

Dieser Antrag muß geschäftsordnungsgemäß nächste Woche behandelt werden. Es wird also noch vor der Vertagung des Landtages eine Aussprache über die Regierungsbildung und eine Abstimmung über die Regierung von den Kommunisten erzwungen.

Die Reichswehraufrüstung vor dem Reichstag

Interpellation der KPD.

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Von seiten der kommunistischen Reichstagsfraktion wurde in der Angelegenheit der Aufrüstung der Bourgeoisie eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung befragt wird, ob sie bereit ist, sich über die alarmierenden Meldungen der Herabsetzung der Dienstzeit, der Schaffung einer kurzfristigen Reserve, der Schaffung von schwerer Artillerie, Tanks und Flugzeugen der Reichswehr zu äußern. Ferner wird die Reichsregierung befragt, ob sie bereit ist, über die geheimen Besprechungen, die bei den letzten Notstagungen des Völkerbundes stattgefunden haben, und in denen auch von einer Aufgabe des deutschen Reiches zum Artikel 43 des Völkerbundspaktes (Durchmarschrecht) gesprochen wurde, Auskunft zu geben.

Die Zollwuchervorlage wird durchgepeitscht

Dann geht der Bürgerblock-Reichstag in die Ferien

Berlin den 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie das Berliner Tageblatt erfährt, soll der Reichstag nur noch bis zum 8. Juli beisammen sein. Die Beratung des Reichsschulgesetzes sei vor den Ferien nicht mehr möglich und das Zentrum habe sich mit dieser Sachlage abgefunden. In der bevorstehenden Woche wird sich der Reichstag nur noch mit dem Knappschaftsgesetz und mit der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsgesetz und mit der Erhöhung der Lebensmittelzölle befassen. Wie das Blatt berichtet, soll die Zollerhöhung beschleunigt werden. Die preußische Staatsregierung wird der Er-

Massensturm gegen den Zollwucher!

W.U. Die Zollwucherpläne der Reichsregierung bedeuten eine weitere Senkung des Reallohnes der Arbeiter. Die Sozialdemokratie versucht jede außerparlamentarische Massenmobilisierung zu vermeiden. Die reformistischen Gewerkschaftsleitungen haben bis jetzt nichts getan zur Mobilisierung der Arbeiter gegen die Zollpolitik des Bürgerblocks. Die Genossenschaften haben sich begnügt mit der Annahme einer Resolution, die der Reichsregierung überreicht werden soll, als ob von der Bürgerblockregierung eine Verhinderung des Zollwuchers zu erwarten sei. **Dieses Verhalten der sozialdemokratischen Führer und der reformistischen Gewerkschafts- und Genossenschaftsführer zeigt, daß sie ihre Opposition gegen die Zollwucherpolitik auf parlamentarische Maßnahmen beschränken wollen und im übrigen die Massen der Werktätigen auf die Reichstagswahlen im nächsten Jahr vertrösten.** Mit Hilfe der Stimmzettelpolitik wollen sie den Kampf gegen Trustkapital und Großagrarier und gegen deren Bürgerblockregierung führen. Bisher hat die Arbeiterklasse auf diesem Wege nur Niederlagen erlitten. Deshalb ist **die Organisierung des außerparlamentarischen Kampfes die Aufgabe der Arbeiterklasse.**

Was ist zu tun?

1. **Stellungnahme in allen Betrieben, in den Gewerkschaftsleitungen, in Gewerkschafts- und Genossenschaftsversammlungen, in den Versammlungen aller Arbeiterorganisationen.** Alle Arbeiter, die gewillt sind, die Zollwucherpolitik mit Erfolg zu bekämpfen, müssen ihre Kräfte einsetzen, um gemeinsame Massenkundgebungen der Arbeiter aus den Betrieben, der Gewerkschaftsmitglieder und der Werktätigen, die den verschiedensten Arbeiterorganisationen angehören, zu organisieren. **Einheitskampf des Proletariats, gegenüber der Einheitsfront der Agrarier und Großindustriellen und ihrer Bürgerblockregierung!**
2. Stellungnahme in den Parlamenten gegen alle Steuern und Zölle, die den Massenkonsum belasten und gegen die Erhöhung der Zölle. Parlamentarische Obstruktion gegen die Durchpeitschung der Wucherzölle.
3. **Kampf um Lohnerhöhungen als Gegenmaßnahme der Arbeiter gegen die Senkung des Reallohnes infolge der Teuerungspolitik des Bürgerblocks.** Die Regierung hat bewußt erst nach Abschluß der langfristigen Tarifverträge die Wucherzollvorlage im Reichstag eingebracht, um zu verhindern, daß infolge dieser Teuerungspolitik tarifmäßig höhere Löhne festgelegt werden. **Die Zollpolitik der Regierung bedeutet deshalb systematische Durchbrechung der Tarifverträge.** Deshalb müssen die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften in Verbindung mit ihrer Stellungnahme gegen den Zollwucher Lohnforderungen beschließen. Trotz der bestehenden Tarifverträge und gegen die verbindlich erklärten Zwangsschiedssprüche muß die Arbeiterklasse den Kampf um Lohnerhöhungen aufnehmen, um die weitere Verelendung abzuwehren.
4. **Der Kampf um höhere Löhne erfordert das Kampfbündnis von Gewerkschaften und Genossenschaften.** Es genügt nicht, daß die Genossenschaftsmitglieder gegen die Wucherzölle protestieren. Die Kräfte der Genossenschaften müssen auch eingesetzt werden, um den Arbeitern einen möglichst hohen Reallohn zu sichern. Deshalb **Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Genossenschaften.** Kampfbündnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften.
5. **Die Zollpolitik dient den Interessen des neuen deutschen Imperialismus.** Mit Hilfe der Profite, die durch den Zollwucher und durch die monopolistische Preistreiberei aus den Werktätigen herausgepreßt werden, führt die deutsche Bourgeoisie nicht nur ihre Expansionspolitik auf dem Weltmarkt, sondern auch zum Teil ihre militärischen Rüstungen im Lande selbst durch. **Die Durchsetzung der Zollwucherpläne der Reichsregierung bedeutet zugleich politische Machtstärkung für die Großagrarier und die Bürgerblockregierung.** Deshalb muß der Kampf gegen den Zollwucher verbunden werden mit dem Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, mit dem **Kampf gegen die neuen militärischen Rüstungen,** die gerichtet sind gegen die Werktätigen in Deutschland und gegen die Arbeiter und Bauern der **Sowjetunion.**

Die Stellungnahme für oder gegen die genannten wichtigsten Aufgaben im Kampfe gegen die Zollwucher-